

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön, Herr Abgeordneter Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Pargent, ja, wir sind nicht zuständig. Ich sage Ihnen: Wir haben in diesem Parlament schon sehr häufig über Themen geredet, die uns eigentlich primär nichts angehen. An dieser Stelle wäre ich jetzt noch nicht so streng. Aber der andere Punkt macht diesen Antrag in der Tat unzulässig. Sie verlangen nämlich, dass das Parlament die Staatsregierung auffordert, rechtswidrig zu handeln. Dass das nicht geht, versteht sich von selbst.

Die EZB ist unabhängig, und es ist verboten, dass Regierungen der EZB ins Handwerk pfuschen. Das darf die Bayerische Staatsregierung nicht. Das darf die Bundesregierung nicht. Das darf keine Regierung. Wir haben hier in diesem Hohen Haus schon viele spannende Debatten über Einflussnahme der Politik auf das Bankenwesen geführt. Ich erinnere nur an das Thema BayernLB. Dort hat es Einflussnahmen der Politik gegeben, die alles andere als segensreich waren. Aber es gibt einen ganz maßgeblichen Unterschied: Die BayernLB gehörte damals und gehört heute zum Teil dem Freistaat Bayern. Deshalb war eine Einflussnahme, wenn auch nicht in dieser Art und Weise, aber grundsätzlich erforderlich und notwendig. Bei der EZB ist sie verboten und unzulässig. Deshalb ist dieser Antrag schon aus diesem Grund abzulehnen.

Sie beklagen sich, dass Frau Lagarde ein paar Äußerungen getätigt hat. Man kann durchaus darüber diskutieren, ob es Aufgabe der EZB ist, gewisse politische Botschaften in das Handeln dieser Bank einzubeziehen. Das kann man diskutieren. Allerdings würde nichts, was ich gelesen habe, das Neutralitätsgebot verletzen. Natürlich muss die EZB neutral sein. Sie darf niemanden benachteiligen. Was ich hierzu gelesen habe, verstehe ich jedoch dahin gehend, dass Frau Lagarde meint: Wir müssen in Europa ausreichend Finanzierungsinstrumente zur Verfügung stellen, um diese Unternehmen prosperieren zu lassen. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass sich diese Unternehmen gut am Markt behaupten. Das ist in der Tat die Aufgabe einer Bank.

Sie machen abseitige Bemerkungen, dass dies alles Ramsch sei. Ich weiß nicht, welche Vorstellungen Sie von Wirtschaftsunternehmen haben. Natürlich ist nicht jedes Wirtschaftsunternehmen deswegen gut, weil es sich irgendwelchen grünen Themen verschrieben hat. Das Gegenteil ist jedoch ganz sicher ebenso falsch. Man muss sich das Unternehmen und die Kreditwürdigkeit anschauen. Man darf niemanden benachteiligen. Ein Unternehmen, das grün und nachhaltig ist, mit einem Makel zu versehen, ist geradezu absurd. Absurd ist auch Ihr Antrag. Deswegen ist er abzulehnen – ohne jede Frage und ohne jede Diskussion.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Als Nächster hat Herr Vizepräsident Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion das Wort. Herr Kollege, bitte schön.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kollegen Dr. Hopp und Tim Pargent haben bereits schon so viele richtige Ausführungen gemacht, dass ich mich auf das Wesentliche beschränke. Es wird so getan, als gäbe es keinen Zusammenhang zwischen Preisstabilität und Klima. Wer natürlich leugnet, dass es einen Klimawandel gibt, sieht möglicherweise diesen Zusammenhang nicht.

(Zurufe)

Selbstverständlich ist klar, dass der Verbrauch endlicher Ressourcen, die Eingriffe in die Natur und die Umweltverschmutzung hohe Kosten verursachen, die volkswirtschaftlich oft nicht integriert sind. Preise sagen häufig nicht die ökologische Wahrheit. Richtig ist – das sollten Sie eigentlich in Ihrem Antrag berücksichtigen –, dass Klimarisiken eine Gefahr für die Preise sind. Deshalb ist es die vorrangige Aufgabe der EZB, Klimarisiken bei der Preisstabilität zu berücksichtigen. Übrigens braucht es hierfür keinen Rinderspacher am Mikrofon. Der Bundesbankpräsident, der an der einen oder anderen Stelle im Hinblick auf seine Kritik an der EZB missbraucht wurde, sagt genau das: Die Rating-Agenturen müssen Klimarisiken unbedingt berücksichtigen, um Preisstabilität zu gewährleisten. Diesen Zusammenhang gibt es, auch wenn Sie ihn leugnen. Wer nicht über das Klima, aber über Preisstabilität sprechen will, muss zumindest erkennen, dass Preisstabilität durch Klimarisiken selbstverständlich in Gefahr geraten kann.

Ihre Rede wirft eine zweite Schwierigkeit auf. Sie sprechen mit Blick auf die nachhaltigen Anleihen von Ramschanleihen. Dort es gibt es kaum Ramschanleihen. Der Markt ist geradezu explodiert. Zwischen den Jahren 2016 und 2020 hat sich der Anteil der nachhaltigen Anleihen auf 237 Milliarden an Neuemissionen verdreifacht, weil die Renditen gut sind, Herr Kollege Böhm. Von Ramschanleihen zu sprechen, ist der totale Quatsch.

Sie insinuierten, das Portfolio der EZB würde im Bereich der Anleihen nur aus Nachhaltigkeit bestehen. Das Gegenteil ist richtig. Die University of London und die New Economics Foundation haben eine Studie vorgelegt, wonach 240 Milliarden an Unternehmensanleihen im Portfolio der EZB eine erhebliche Unwucht zugunsten klimaschädlicher Unternehmungen, also kohlenstoffintensiver Betriebe, aufweisen. Dort gibt es nicht zu viele nachhaltige Anleihen. Im Portfolio der EZB gibt es viel zu viele richtig schmutzige Unternehmen. Das wäre eine wahrheitsgemäße Aussage gewesen. Anders als von Ihnen dargestellt, sind die eher schmutzigen Anleihen im Portfolio der EZB überproportional vertreten.

Deshalb kann ich zusammenfassend nur feststellen: Selbstverständlich unterstützt die SPD Christine Lagarde, die sagt, die Verantwortung einer sich hin zu Klimafreundlichkeit transformierenden Wirtschaft müsse natürlich auch geldpolitisch seitens der EZB unterstützt werden. Mit den aktuellen Geldspritzen kann man auch eine politische Steuerungswirkung erzielen. Dies ist übrigens auch erlaubt. Es ist nämlich völlig falsch zu sagen, die EZB müsse sich ausschließlich auf Preisstabilität konzentrieren. Das würde sie unter Berücksichtigung der Klimapolitik sogar tun. Sie hat jedoch auch den Wirtschaftswachstumspfad innerhalb der Europäischen Union zur Aufgabe. Sie soll die Politik der Kommission fördern und unterstützen. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Vizepräsident. – Der nächste Redner auf der Liste ist Herr Abgeordneter Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP-Fraktion. Herr Kollege Kaltenhauser, Sie haben das Wort.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Einbringung des Antrags hat mich ein wenig überrascht. Ich habe mich gewundert, was die Ausführungen von Herrn Böhm mit dem Antrag, der vor uns liegt, eigentlich zu tun haben. Dieser war offenbar nur ein Vehikel, um etwas völlig anderes und Polemisches von sich zu geben. Schaut man sich den Antrag an, funktioniert dieser nach dem üblichen Kochrezept. Man nehme eine Aussage, die schon eine oder mehrere demokratische Parteien möglicherweise getätigt haben. Es wird gehofft, dass diese zustimmen. Am besten mixt man noch ein paar